

Ordnung schaffen, Verfahren beschleunigen, Zahlen reduzieren

Der Beschluss der Großen Koalition vom 5. November 2015 für vorrangige Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingsbewegung schafft die politischen Voraussetzungen für mehr Ordnung, schnellere Verfahren und eine langfristige Reduzierung der Zahl neuer Flüchtlinge.

Die beschleunigten Verfahren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern, mit Wiedereinreiseperrern, mit Folgeanträgen ohne oder Mitwirkungsbereitschaft in dafür ausgestatteten Registrierungszentren werden für Entlastung in den Kommunen sorgen. Endlich wird das umgesetzt, was die Ministerpräsidenten bereits im Juni vereinbart und wir als CDU Nordrhein-Westfalen seit Monaten von der Landesregierung gefordert haben: Eine differenzierte Erstaufnahme für Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive, die schnelle Verfahren und eine zügige Rückführung abgelehnter Asylbewerber ermöglicht – aus den Einrichtungen und damit vor ihrer Überweisung an die Kommunen. Bayern kann dafür nun auf die bereits eingerichteten Asylzentren zurückgreifen. Die rot-grüne Landesregierung muss endlich die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das Konzept der neuen Zentren auch hier in Nordrhein-Westfalen angewandt werden kann. Statt immer nur nach Berlin zu zeigen, sollte Frau Kraft die Vereinbarungen umsetzen und in ihrem Innenministerium für geordnete Verfahren sorgen.

Auch die weiteren Beschlüsse der Großen Koalition weisen in die richtige Richtung: Der einheitliche Ausweis die zentrale Datenbank für Asylbewerber und Flüchtlinge wird der Unübersichtlichkeit bei der Erfassung und Registrierung der Flüchtlinge ein Ende setzen. Die Beschränkung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige ist ein sinnvoller Schritt in der notwendigen Regelung des Familiennachzugs insgesamt. Der vom Bund zentral vorangetriebene Abbau von Hemmnissen für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber trägt dazu bei, die Zahl der Ausreisepflichtigen in Deutschland zu senken und damit die Aufnahmekapazitäten in Ländern und Kommunen für diejenigen freizuhalten, die wirklich schutzbedürftig sind. Deren Integration muss, wie im Beschluss festgehalten, schnell und umfassend beginnen.

Das Ziel, die Zahl der neuen Flüchtlinge zu senken, werden wir vor allem dann erreichen, wenn die im Beschluss vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz der EU-Außengrenzen, zur

Pressestelle

Kai Schumacher

- Pressesprecher

Nils Sönksen

- stellv. Pressesprecher

Fabian Götz

- Pressereferent

Teresa Leson

- Sekretariat/Internet

Tel: (0211) 884-2213

Tel: (0211) 884-2355

Tel: (0211) 884-2018

Tel: (0211) 884-2509

Tel: (0211) 884-2213

Mobil (0151) 4 310 28 47

Mobil (0151) 1 884 10 90

Mobil: (0151) 1 884 10 71

Mobil (0151) 1 884 10 83

cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de

kai.schumacher@cdu-nrw-fraktion.de

nils.soenksen@cdu-nrw-fraktion.de

fabian.goetz@cdu-nrw-fraktion.de

teresa.leson@cdu-nrw-fraktion.de

Unterstützung der Türkei und zur Stabilisierung der Situation in Afghanistan greifen. Neben der konsequenten Umsetzung der notwendigen Maßnahmen im Inland kommt es daher nun darauf an, unsere europäischen Partner für eine ebenso konsequente Umsetzung der außenpolitischen Maßnahmen zu gewinnen.

Rot-Grün will nicht alle Haushalte in Nordrhein-Westfalen ans schnelle Internet anbinden

Rot-Grün hat in der Landtagsdebatte am 5. November 2015 zum Breitbandausbau eingeräumt, dass nicht alle Haushalte im ländlichen Raum an das schnelle Internet angeschlossen werden. Etwa 400.000 Haushalte im ländlichen Raum werden nach Ansicht von Rot-Grün auch zukünftig keinen Anschluss an die schnelle Datenautobahn erhalten. Die Gründe für das Scheitern der Breitbandstrategie des Landes sind hausgemacht. Die Landesregierung lässt es bis heute am notwendigen Engagement vermissen. Während Länder wie Bayern, Hessen oder Schleswig-Holstein seit Jahren zusätzliche Förderprogramme auflegen, beschränkt sich die rot-grüne Landesregierung auf das Minimum. Die CDU setzt sich weiterhin für den Anschluss aller Haushalte ans Netz ein. Hier könnte beispielsweise das von uns bereits im Frühjahr dieses Jahres geforderte Bürgerbreitbandkonzept helfen.

Das jetzt angekündigte 350 Millionen Euro Paket zur Kofinanzierung des Bundesprogramms erweist sich als großer Bluff. Die Mittel des Bundes werden nach einem Punktesystem verteilt. Bevorzugt werden Projekte, die bis 2018 abgeschlossen sind. Während in Bayern aktuell kurzfristig 606 Ausbauprojekte für eine Förderung angemeldet werden können, sind es in Nordrhein-Westfalen gerade einmal 11. Bereits bei der Verteilung der Mittel für Verkehrsprojekte sind die Bundesgelder an Nordrhein-Westfalen vorbei geflossen. Dies wird jetzt wieder geschehen, weil Rot-Grün in der Vergangenheit seine Hausaufgaben nicht gemacht hat.“

Hintergrund: Der ehemalige Fraktionsvorsitzende von Bündnis/Die 90 Grünen die und Landtagsabgeordnete Rainer Priggen hat heute im Landtag erklärt, dass der Anschluss aller Haushalte an das schnelle Netz zu teuer und unrealistisch sei. Man müsse mit 95 Prozent zufrieden sein. Bei etwa 8 Millionen Haushalten in Nordrhein-Westfalen heißt das, dass 400.000 Haushalte unversorgt bleiben.

186 Wohnungseinbrüche pro Tag sind zu viel: Rot-Grün muss endlich dafür sorgen, dass Einbrecherbanden Nordrhein-Westfalen nicht länger als Selbstbedienungsladen betrachten!

Die CDU-Landtagsfraktion hat am 04.11.2015 einen Antrag zur Bekämpfung grenzüberschreitender Einbruchskriminalität in den Landtag eingebracht (Drs. 16/10067).

Hintergrund des Antrags ist der Umstand, dass Nordrhein-Westfalen im 1. Halbjahr des Jahres 2015 erneut von einer heftigen Einbruchswelle überrollt worden ist. Allein von Januar bis Juni 2015 registrierte die Polizei 33.500 Wohnungseinbrüche in NRW – das sind rund 15 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Durchschnittlich schlagen Einbrecher in Nordrhein-Westfalen damit sage und schreibe 186 Mal pro Tag zu. Wie das Landeskriminalamt kürzlich festgestellt hat, wird in NRW zudem nur einer von hundert Wohnungseinbrechern verurteilt. Diese verheerende Bilanz belegt, dass die rot-grüne Landesregierung auf einem für die Bürgerinnen und Bürger besonders sensiblen Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung eklatant versagt.

Besonders ärgerlich ist aus Sicht der CDU-Fraktion, dass Innenminister Ralf Jäger dem Treiben der Wohnungseinbrecher tatenlos zusieht, obwohl bereits fundierte Erkenntnisse über die Tatmuster vorliegen. In seiner Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion hat der Minister eingeräumt, dass es sich bei den Einbrechern zunehmend um Mitglieder hochprofessioneller Einbrecherbanden aus Südosteuropa handelt, die vornehmlich aus den Niederlanden, Belgien und Frankreich in NRW einfallen und nach ihren Beutezügen sofort wieder ausreisen. Herr Jäger tut aber nichts, um diesen Kriminellen im Verbund mit unseren Nachbarländern das Handwerk zu legen. Rot-Grün muss endlich dafür sorgen, dass Profi-Einbrecher unser Bundesland nicht länger als Selbstbedienungsladen betrachten.“

Der CDU-Antrag wurde zur weiteren Beratung federführend in den Innenausschuss sowie in den Ausschuss für Europa und Eine Welt überwiesen.

Wehret den Anfängen – Landesregierung muss endlich handeln und Bundesratsinitiative zur Änderung des Stalking-Paragrafen starten

Wie der Westfälische Anzeiger am 03.11.2015 berichtete, erfährt ein Dortmunder Journalist, der bereits seit Ende letzten Jahres von Neonazis schikaniert wird, offenbar nur unzureichenden Schutz durch das Strafrecht. Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen wegen Stalkings (§ 238 StGB) jedenfalls eingestellt. Aus Sicht der CDU-Fraktion macht dieser Fall einmal mehr deutlich, dass der so genannte „Stalking-Paragraf“ im Strafgesetzbuch dringend überarbeitet werden muss. Es kann nicht angehen, dass ein Journalist in Deutschland ein Jahr lang von Neonazis bedroht wird und sogar Todesanzeigen mit seinem Namen in der Zeitung lesen muss, seine Peiniger aber straffrei bleiben, solange der Mann nicht seinen Arbeitsplatz oder Wohnort wechselt. Effektiver Opferschutz sieht anders aus.

Die CDU-Fraktion hat in der laufenden Wahlperiode bereits einen Antrag in den Landtag eingebracht, mit dem dieser Missstand behoben werden sollte (Drs. 16/4578). Leider haben die regierungstragenden Fraktionen diesen Antrag abgelehnt. Auch die rot-grüne Landesregierung hat seither nichts unternommen, um Stalking-Opfer besser zu schützen. Das zeigt: SPD und Grüne rufen zwar permanent nach einem härteren Durchgreifen des

Staates gegen Rechtsextreme. Journalisten, die seit einem Jahr massiv von Neonazis eingeschüchtert werden, lässt Rot-Grün jedoch im Regen stehen.

Hintergrund:

Damit entsprechende Verhaltensweisen künftig strafrechtlich geahndet werden können, muss der Stalking-Paragraf von einem so genannten Erfolgsdelikt in ein Eignungsdelikt umgewandelt werden. Die Täter würden sich dann schon strafbar machen, wenn ihr Verhalten dazu „geeignet“ ist, die Lebensgestaltung des Opfers schwerwiegend zu beeinträchtigen – ohne dass diese Beeinträchtigung in Form eines Arbeitsplatz- oder Wohnortwechsels konkret eintreten muss.

4. Nachtragshaushalt für das laufende Jahr: Taschenspielertricks auf Kosten zukünftiger Generationen

In dieser Woche hat die rot-grüne Landesregierung einen 4. Nachtragshaushalt in die Beratungen im Landtag eingebracht. Einziger Inhalt: Anstatt die Neuverschuldung des Landes durch die erwarteten Steuermehreinnahmen in 2015 auf 1,3 Milliarden Euro zu senken, zieht der Finanzminister die erst für das nächste Jahr fällige Zuführung an die Rücklage für die Beamtenversorgung noch in dieses Jahr vor.

Wenn dem Finanzminister die für das kommende Jahr ohnehin geplante Zuführung an die Rücklage für die Beamtenversorgung so wichtig ist, dass er sie bereits in 2015 leisten will, dann muss er so konsequent sein und seinen Gesetzentwurf zur drastischen Kürzung der Vorsorge für Beamtenpensionen ab 2017 auf nur noch 200 Millionen Euro zurückziehen. Sonst ist das ein reiner Taschenspielertrick.

Denn bislang beruht die gesamte Finanzplanung der Regierung Kraft bis 2019 darauf, den letzten Rest einer präventiven Finanzpolitik aufzugeben. Nur mit der drastischen Kürzung Vorsorge für Beamtenpensionen kann die Regierung Kraft die angebliche Null im Haushalt 2019 einhalten. Alleine von 2017 bis 2025 bedeutet dies, dass der Finanzminister 9 Milliarden Euro weniger in den Versorgungsfonds einzahlen will. Es zeigt sich hier einmal mehr das wahre Gesicht der Regierung Kraft: Konsumieren auf Kosten zukünftiger Generationen und den Haushalt schön rechnen. Das ist unverantwortlich und unsozial.

Bonn als deutsche UN-Stadt braucht starke bundespolitische Präsenz

Die von Bundesbauministerin Barbara Hendricks angestoßene Debatte um einen Komplettumzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin schadet der internationalen Stadt Bonn. Zu Attraktivität Bonns als UN-Standort gehört die direkte Nachbarschaft von internationalen Organisationen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Bundeseinrichtungen wie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wenn

Bonn neben Genf und Wien zum dritten europäischen Zentrum für die Vereinten Nationen ausgebaut werden soll, darf dieses Alleinstellungsmerkmal der Bundesstadt nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Die Landesregierung hat bislang nicht darlegen können, in welcher Weise sie sich gegen die Bundesbauministerin positionieren und Bonns starke Position als attraktives bundespolitisches und internationales Zentrum in Nordrhein-Westfalen verteidigen wird. Dass die Ministerpräsidentin in der Frage völlig abgetaucht ist, spricht Bände.

Das Bonn-Berlin-Gesetz gilt auch für die Bundesbauministerin. Es wäre gut, wenn auch die nordrhein-westfälische Landesregierung dafür kämpfen würde. Die CDU-Landtagsfraktion fordert Ministerpräsidentin Kraft auf, sich entschieden gegen das Vorhaben ihrer Parteifreundin zu stellen und sie auf die Einhaltung des Bonn-Berlin-Gesetzes zu verpflichten.

Rot-Grün macht Nordrhein-Westfalen zum verkehrspolitischen Außenseiter

Die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ist beim Thema der Öffentlich-Privaten Partnerschaften zur Salzsäule erstarrt. Andere Bundesländer haben schon vor Jahren erkannt, dass in Zeiten knapper Kassen und verstopfter Autobahnen alles getan werden muss, damit der Verkehr fließt. Die rot-grün regierten Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein haben schon vor Jahren reagiert. Sie bauen innerhalb von nur vier Jahren 65 Kilometer der A 7 im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) aus. Davon wird die Volkswirtschaft profitieren und die Staus werden deutlich weniger. Das hat Verkehrsminister Groschek heute wider besseren Wissens geleugnet und seinen ideologischen Verweigerungskurs auch noch bekräftigt.

Während ÖPP-Projekte heute längst keine Frage von politischen Farben mehr sind, verharrt die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen in ihrer ideologischen Ecke. Längst ist die Regierung Kraft zum verkehrspolitischen Außenseiter in Deutschland geworden. Dennoch hat Rot-Grün unseren Antrag, ÖPP-Modellen voranzubringen (Drucksache 16/10065) heute abgelehnt. Aus dem Schaden ist die Regierung nicht klug geworden.

Hintergrund:

Jeden Tag entstehen kilometerlange Staus auf der A 1 zwischen Münster und Osnabrück. Dieses Nadelöhr ist schon seit Jahren ein Ballast für die Republik. Der Bund hatte bereits 2011 eine Anschubfinanzierung zum sechsspurigen Ausbau der 41 Kilometer langen Strecken der A 1 von „Anschlussstelle Münster-Nord – Autobahnkreuz Lotte/Osnabrück“ durch ein ÖPP-Modell angeboten. 125 Millionen Euro liegen seither ungenutzt auf dem Tisch. Wäre die Landesregierung dieses Projekt damals wie Hamburg und Schleswig-Holstein angegangen, wäre das das Nadelöhr voraussichtlich schon 2017 beseitigt. Der 400

Millionen Euro teure Ausbau der A 57 von Köln nach Moers könnte auch durch ein ÖPP-Modell ausgebaut werden, doch auch das wurde heute abgelehnt.

Zustimmung der Menschen für Windenergie wird aufs Spiel gesetzt

Mit dem neuerlichen Windenergieerlass von Umweltminister Remmel ist Nordrhein-Westfalen weit davon entfernt, die selbst gesteckten Ziele für den Ausbau der Windenergie zu erreichen. Wie Umweltminister Remmel den Ausbau der Windenergie im Land von heute drei Prozent auf 15 Prozent bis 2020 schaffen will, bleibt das große Rätsel.

Der Erlass beschleunigt weder die Verfahren noch sorgt er für die nötige Transparenz. Vielmehr wird weiterhin Unsicherheit billigend in Kauf genommen und die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zur Windenergie aufs Spiel gesetzt. Die große Verunsicherung wird dazu führen, dass Bürgerwindparkprojekte nicht zustande kommen und damit auch die Zustimmung vor Ort schwindet. Umso bedauerlicher ist es, dass der Umweltminister die lange Überarbeitungszeit und das Beteiligungsverfahren mit den betroffenen Verbänden nicht dazu genutzt hat, um Verfahren zu beschleunigen und weniger bürokratische Hemmnisse aufzubauen.

Nach fünf Jahren rot-grüner Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen zeigt sich wenig von dem angekündigten Aufbruch beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Die jährlichen Steigerungsraten sind nicht wesentlich höher als vor 2010. Laut der vom Umweltministerium selbst herausgegebenen Broschüre `Energie.Daten.NRW 2014´ steigt der Zubau für die Windenergie in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren rasant an, während der Ausbau hierzulande auf einem niedrigen Niveau dümpelt. Rot-Grün ist damit alles andere als ein Klimaretter.

Rot-Grün verschärft die Wohnungsnot

Die CDU-Landtagsfraktion hat am 4. November 2015 dem Landtag einen Antrag mit neuen Impulsen für den Wohnungsmarkt vorgelegt (Drucksache 16/10069). Die Ablehnung gleich aller sechs Vorschläge durch die Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen ist angesichts der großen Wohnungsnot nicht nachvollziehbar. Der gestiegene Bedarf von Mehrkinderfamilien und die Unterbringung Zehntausender Flüchtlinge verstärken den Handlungsdruck. Alle Fachleute und Verbände sind sich einig, dass jetzt jedes Instrument zur Beschleunigung des Wohnungsbaus genutzt werden muss. Aber die Regierung Kraft und allen voran Bauminister Groschek, ignorieren die guten Ideen zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Insbesondere die Beschleunigung von Bauanträgen, die Wiederbelebung der nahezu abgeschafften Eigentumsförderung und die Aussetzung der nächsten Stufe der Energieeinsparverordnung, tragen garantiert zur Lösung bei. Es ist Bauherren nicht mehr

zu vermitteln, dass Bauanträge bis zu 9 Monaten liegen bleiben, während Menschen verzweifelt nach einer Wohnung suchen. Die Ignoranz von Rot-Grün ist nur noch mit ideologischer Verbohrtheit zu erklären.

Dabei geht es nur darum, den Akteuren am Wohnungsmarkt Handlungsspielraum zu geben, um endlich mehr Wohnungen bauen zu können. Das völlige Versagen der Regierung Kraft ist gestern im Landtag besonders deutlich geworden. Bauminister Groschek erwies sich wieder einmal als rhetorischer Verpackungskünstler nach dem Motto „alles wird gut“. Leitragende sind weiterhin die Wohnungssuchenden in Nordrhein-Westfalen, sie werden täglich mehr.

Rot-Grün betreibt Placebo-Politik mit der Gießkanne und verschwendet dafür Steuergelder

Mit dem in dieser Woche von SPD und Grünen in den Landtag eingebrachten Antrag „Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken – Innerstädtische Quartiere und ländliche Räume brauchen Vielfalt und Versorgungssicherheit“ versuchen die beiden Fraktionen, ihre marktferne und regulierende Ideologie in das freiheitliche Konzept der Digitalisierung zu zwängen. Die rot-grüne Landesregierung geht hierbei nach dem Gießkannenprinzip vor, indem in jedem Regierungsbezirk ein Testversuch zur Digitalisierung des Einzelhandels gestartet werden soll.

Selbstverständlich ist die Digitalisierung des Einzelhandels wichtig. Allerdings benötigt es gerade hierfür nicht das Eingreifen der öffentlichen Hand. Denn am Markt bestehen bereits Lösungen, die ohne Zutun der Landesregierung wissenschaftlich begleitet werden. Es ist daher völlig unverständlich, wieso Rot-Grün gerade hierfür Steuermittel verschwenden möchte. Auch der im Antrag befürchtete komplette Zusammenbruch der lokalen Versorgung wird gerade durch neue digitale Angebote verhindert. Anstatt Ängste vor der Digitalisierung zu schüren, sollte die Landesregierung ihr Aufgabenmerk dringender auf den Ausbau des Breitbandnetzes und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Venture Capital richten, um die Potentiale der Digitalisierung in Nordrhein-Westfalen voll auszuschöpfen.

Nordrhein-Westfalen unterstützt Hamburgs Olympiabewerbung 2024

In dieser Woche hat der Landtag Nordrhein-Westfalen mit großer Mehrheit von CDU, SPD, Grüne und FDP dem von uns initiierten Antrag „Nordrhein-Westfalen unterstützt Hamburgs Olympiabewerbung 2024“ zugestimmt. Der Landtag unterstützt nachdrücklich die Bewerbung Hamburgs und hat die Landesregierung aufgefordert, den Mehrwert und die Chance, die durch eine Austragung der Olympischen Spiele in Deutschland 2024 entstehen, für die nordrhein-westfälischen Sportler und Sportstätten im Spitzen- und Breitensport zu

nutzen. Nun ist zu hoffen, dass das Referendum um die Weiterführung der Olympiakandidatur am 29. November 2015 für Hamburg positiv verläuft.

Landesgartenschauen brauchen Planungssicherheit

2020 findet die Landesgartenschau in Kamp-Lintfort statt. Für die erfolgreiche Bewerbung ist Kamp-Lintfort zu beglückwünschen. Für die Entwicklung der Stadt und der gesamten Region bietet die Ausrichtung der Landesgartenschau enorme Potentiale.

Die Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen sind nicht nur Leistungsschauen unseres Gartenbaus und der Landschaftspflege, sondern erfüllen auch entscheidende Punkte in der Umwelt- und Naturschutzbildung. Sie zeigen was gartenbautechnisch alles möglich ist und helfen dabei in den jeweiligen Kommunen wichtige Infrastrukturmaßnahmen anzuschließen. Damit eine Landesgartenschau den Erwartungen und Anforderungen gerecht wird, bedarf es einer entsprechenden Unterstützung. Die nötigen Zuwendungen sind aber seit der ersten Landesgartenschau im Jahr 1984 nicht wesentlich angepasst worden. Um eine kalkulierbare Planungssicherheit zu schaffen, fordert die CDU-Landtagsfraktion in einem Haushaltsantrag die Landesregierung auf, die finanziellen Zuwendungen um eine Million Euro auf dann insgesamt sechs Millionen Euro zu erhöhen.

Dank des Einsatzes des ehemaligen Landesumweltministers Eckhard Uhlenberg (CDU) ist der Weg bereitet worden, die Zukunft der Landesgartenschauen in Nordrhein-Westfalen zu sichern. Nun liegt es an Rot-Grün, den nachhaltigen `Schaufenstern des Gartenbaus` und den dazugehörigen Gemeinden eine echte Entwicklungsperspektive und angemessene Zuwendungen zu bieten.

Rommel verordnet Katzen-Volkszählung - Schlechter Aprilscherz im November

Der 1. April scheint im Kalender von Umweltminister Rommel nicht nur einmal im Jahr vorzukommen. Beim Blick in die neue Verordnung zum Schutz freilebender Katzen liegt diese Vermutung ziemlich nah. Die Kommunen sollen nicht nur die verwilderten Katzen zählen, sondern auch noch deren Gesundheitszustand einschätzen – und das bei der aktuellen Überlastung der Städte und Gemeinden mit anderen Aufgaben.

Erschreckend ist, dass der verspätete Aprilscherz des Ministers ernst zu sein scheint. Die Kommunen haben weder die Zeit, noch das Personal, um eine Katzen-Volkszählung und Reihenuntersuchung für freilaufende Katzen in Nordrhein-Westfalen durchzuführen.